

Beschlussvorlage	Datum: 08.05.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: S 3
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Amt für Jugend und Soziales	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter: Rechtsamt	
Berufung der beratenden und stellvertretenden beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
02.07.2014	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Die durch nachfolgende Institutionen benannten Personen werden als beratende und stellvertretende beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses durch die Bürgerschaft berufen:

Landgericht Rostock:	Frau Richter Dagmar Lühke Frau Richter Andrea Ritter	- als beratendes Mitglied - als Stellvertreterin
Agentur für Arbeit:	Frau Ester Land Frau Sabine Hett	- als beratendes Mitglied - als Stellvertreterin
Hanse-Jobcenter:	Herr Tom Arendt Herr Frank Junghans	- als beratendes Mitglied - als Stellvertreter
Staatliches Schulamt:	Frau Karin Kunze Frau Ulrike Wiese	- als beratendes Mitglied - als Stellvertreterin
Polizeiinspektion:	Herr Polizeioberrat Michael Ebert Frau Dörte Lembke	- als beratendes Mitglied - als Stellvertreterin
Unter Vorbehalt: Rostocker Stadtjugendring:	Frau Katrin Schankin Frau Mandy Kröppelin	- als beratendes Mitglied - als Stellvertreterin

Beschlussvorschriften:

§ 71 SGB VIII, § 6 Landesjugendhilfeorganisationsgesetz – KJHG-Org M-V; §§ 2 (3) und 3 (4) der Satzung des Jugendamtes

bereits gefasste Beschlüsse: -

Sachverhalt:

Neben den stimmberechtigten Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss sind auf der Grundlage der §§ 2 (3) und 3 (4) der Satzung des Jugendamtes, § 6 Landesjugendhilfeorganisationsgesetz – KJHG-Org M-V, § 71 SGB VIII beratende Mitglieder und deren Stellvertreter aus nachfolgenden Institutionen durch die Bürgerschaft zu berufen:

- ein Richter des Jugend-, Vormundschafts- oder Familiengerichts, der von dem Präsidenten des zuständigen Landgerichtes bestellt wird,
- ein Vertreter der Arbeitsverwaltung, der von der jeweiligen Agentur für Arbeit bestimmt wird,
- sowie ein Vertreter des jeweiligen Trägers der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,
- ein Vertreter der Schulen, der vom Schulamt bestimmt wird,
- ein Vertreter der Polizei, der von der zuständigen örtlichen Stelle bestimmt wird,
- ein Vertreter der Jugendorganisation, der durch den jeweiligen Stadtjugendring bestimmt wird, sofern dem Jugendhilfeausschuss nicht mindestens ein stimmberechtigtes Mitglied des jeweiligen Stadtjugendringes angehört.

Finanzielle Auswirkungen:

-

Roland Methling